

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Bern, 24. Juni 2024 / SO
VL_VMWG

Elektronischer Versand: recht@2bwo.admin.ch

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG) - Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Wir unterstützen die Bemühungen zur Erhöhung der Transparenz im Mietverhältnis, insbesondere die Anpassungen des Anmeldeformulars für den Anfangsmietzins. Diese Massnahmen sind wichtig, um das Vertrauen der Mieterschaft zu stärken und eine faire Praxis zu gewährleisten.

Wir sind jedoch besorgt über die zusätzliche administrative Belastung, die durch einige der vorgeschlagenen Änderungen entstehen könnte. Insbesondere die Abschaffung der Pauschale für allgemeine Kostensteigerungen würde zu einer erheblichen bürokratischen Mehrbelastung führen. Wir plädieren dafür, die bestehenden Regelungen beizubehalten, um die Effizienz zu gewährleisten und unnötige Kosten zu vermeiden.

Die geplante Reduzierung des Anpassungssatzes für Inflation auf Eigenkapital von 40% auf 28% wird von uns abgelehnt. Diese Massnahme könnte Investitionen in Mietwohnungen unattraktiv machen und somit die Wohnungsknappheit, insbesondere in städtischen Gebieten, verschärfen. Wir setzen uns dafür ein, dass die bisherigen Anreize erhalten bleiben, um den Wohnungsbau zu fördern.

Des Weiteren äussern wir Bedenken bezüglich der Anwendung von Art. 19 Abs. 1 auf indexierte Mieten. Eine klare und präzise rechtliche Grundlage ist notwendig, um Missverständnisse und rechtliche Unsicherheiten zu vermeiden.

Wir weisen schliesslich darauf hin, dass die Eingriffe in die Preisbildung am Mietwohnungsmarkt möglicherweise negative Auswirkungen haben werden, die kontraproduktiv sind. Künstlich tief gehaltene Mietzinse könnten zu einem übermässigen Konsum an Wohnraum führen, während gleichzeitig die Wohnungsproduktion abnehmen könnte. Dies würde die Wohnungsknappheit insbesondere in Ballungszentren weiter verschärfen. Es besteht das Risiko, dass Kapitalgebende abgeschreckt werden, was das Investitionsklima im Wohnungsbau verschlechtern könnte. Dies könnte langfristig negative Auswirkungen auf das Angebot an Mietwohnungen haben und somit sowohl Vermietende als auch die Mieterschaft in den betroffenen Gebieten benachteiligen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun